Versammlungsfreiheit Freiheit Hetze Demokratie Vielfalt Ausgrenzung Vorurteile Meinungsfreiheit Religionsfreiheit Terrorismus Rassismus Menschenwürde Toleranz Extremismus

Verfassungsschutzbericht kompakt über das Jahr 2022

Impressum

Herausgeber

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen Friedrichstraße 62-80

40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 871-01 Telefax: 0211 871-3355 poststelle@im.nrw.de

Redaktion

www.im.nrw

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Telefon: 0211 871-2821 Telefax: 0211 871-2980

kontakt.verfassungsschutz@im1.nrw.de www.im.nrw/themen/verfassungsschutz

Bestellservice

info.verfassungsschutz@im1.nrw.de www.im.nrw/publikationen

Stand: Juli 2023

Druck: Düssel-Druck & Verlag GmbH,

Düsseldorf

Fotos: picture alliance/ dpa,

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Vorwort



Nach der Pandemie haben sich viele Menschen wieder mehr Normalität gewünscht. Stattdessen gibt es weitere Krisen, mehr Konflikte und damit immer neue Herausforderungen. Diese Unsicherheit ist "Wasser auf die Mühlen" derienigen, die unseren Staat im Kern erschüttern und unsere freiheitliche demokratische Grundordnung angreifen wollen. Extremisten machen sich diese gesellschaftlichen Brennpunkte zu eigen und versprechen falsche Sicherheit. Egal, ob es der Ukraine-Krieg ist, die hohen Energiepreise, der Klimaschutz oder die Katastrophen in der Welt: 2022 hat hierfür ausreichend Angriffsfläche geboten.

Genauso sind auch die Gefahren vielfältiger geworden. Die kommen aus allen Richtungen: von innen und außen, sind politisch oder religiös motiviert, finden sich auf den Straßen, im Cyberraum, und werden über ausländische Desinformations- und Destabilisierungskampagnen verbreitet.

Der Rechtsextremismus hat den "Dauerkrisenmodus" für sich genutzt. Immer wieder versuchen Rechtsextremisten, das Protestgeschehen zu unterwandern und durch Verstetigung ihrer fremdenfeindlichen Argumente für breite Teile der Gesellschaft anschlussfähig zu werden.

Im Dezember 2022 gab es die Reichsbürger-Razzia um den "Prinz Reuß". Reichsbürger und Selbstverwalter haben uns traurigen Einblick in ihren wahnwitzigen Traum eines eigenen Staates und deren krude Erzählung von einer "besetzten" Bundesrepublik Deutschland gegeben. Was vor einigen Jahren mit einzelnen Demokratiegegnern begann, festigte sich zu einer Szene mit erheblichem Gefahrenpotenzial für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung.

Linksextremisten haben ebenfalls versucht, das Protestgeschehen für sich zu kapern und nutzen zivildemokratische Bündnisse als Vehikel, um ihre Inhalte zu verbreiten. Wir erinnern uns alle noch an die Bilder aus Lützerath, wo neben Klimaschützern auch Linksextremisten mitliefen und teils schwere Gewaltstraftaten gegen Polizisten und Sicherheitskräfte begingen.

Auch im Islamismus gibt es keine Entwarnung: Die jihadistische Ideologie ist nach wie vor Nährboden für terroristische Gewalt. Dadurch besteht weiterhin eine große Gefahr für

4 Vorwort

terroristische Anschläge in Deutschland von islamistisch motivierten Extremisten. Das zeigte nicht zuletzt die Festnahme im Fall Castrop-Rauxel im Januar 2023. Der Islamische Staat (IS) wie auch al-Qaida setzen heute mehr auf Einzeltäter oder Kleinst-Gruppen, die sie zu Angriffen mit ganz einfachen Tatmitteln anstiften wollen.

Leider wird auch Antisemitismus in unserer Gesellschaft sichtbarer, wenn wir zum Beispiel auf den November 2022 schauen, wo auf die Alte Synagoge in Essen geschossen wurde. Im September 2021 konnten Anschlagspläne auf eine Synagoge in Hagen vereitelt werden. In Deutschland darf kein Platz für Antisemitismus sein. Wir setzen alles daran, dass es gar nicht erst zu Antisemitismus kommt. In diesem Verfassungsschutzbericht gibt es deshalb erstmalig ein eigenes Kapitel zum Thema Antisemitismus, das von nun an ein fester Bestandteil des Berichts ist

Mit dem Ukraine-Krieg hat auch die Bedrohung von außen für unsere Gesellschaft zugenommen. Das passiert subtil durch die Verbreitung von Desinformation und Propaganda oder durch Spionage und Cyberangriffe etwa auf unsere Kritische Infrastruktur.

Mit Sorge schaut der Verfassungsschutz auch auf das Treiben von Extremisten und Verschwörungsideologen im Internet. Insbesondere, weil Kinder und Jugendliche mehr und mehr online sind, müssen wir ganz genau hinschauen, was dort zu lesen und zu sehen ist.

Unsere Demokratie ist verwundbar. Der Verfassungsschutz sorgt dafür, innere Systemfeinde ausfindig zu machen und äußere Bedrohungen abzuwehren. Dafür braucht es genaue Beobachtungen und umfassende Analysen. Das geht nur mit einem starken Verfassungsschutz.

Vorwort

Deshalb haben wir ihn in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren personell deutlich verstärkt. Es ist aber genauso wichtig, unseren Verfassungsschutz auch für die Zukunft leistungsfähig zu machen, ihm Spielraum zu geben und die gute Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden im In- und Ausland fortzusetzen. Denn diese Zusammenarbeit zeigt auch, dass unsere Demokratien gemeinsam gegen die Feinde vorgehen und ihre Kräfte vereinen.

Herbert Reul Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen Diese Broschüre bietet eine Zusammenfassung des Verfassungsschutzberichtes über das Jahr 2022.



Unter <u>www.im.nrw/publikationen</u> finden Sie den kompletten Bericht und aktuelle Veröffentlichungen zu Themen des Verfassungsschutzes.

6 Vorwort

Vorbemerkung

Der vorliegende Verfassungsschutzbericht kompakt bezieht sich auf Ereignisse und Beobachtungen im Jahr 2022. Zeitlich danach liegende Vorfälle und Entwicklungen werden punktuell angesprochen, wenn sie von größerer Bedeutung sind. Hinweise auf Geschehnisse außerhalb Nordrhein-Westfalens sind aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichts erforderlich sind. Ergänzende Informationen finden Sie im Internet unter:

www.im.nrw/themen/verfassungsschutz.

Grundlagen und Zielsetzung des Verfassungsschutzes

Nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen Informationen zu sammeln und auszuwerten, die Bestrebungen oder Tätigkeiten betreffen, die

gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder

- darauf abzielen, die Amtsführung von Verfassungsorganen des Bundes oder eines Landes ungesetzlich zu beeinträchtigen, oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht darstellen.

Der Verfassungsschutz sammelt die für ihn relevanten Informationen und wertet sie aus, sobald tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht einer

verfassungsfeindlichen Bestrebung oder Tätigkeit im vorgenannten Sinne begründen.

Dabei wird der Verfassungsschutz in seiner Eigenschaft als Frühwarnsystem des demokratischen Rechtsstaates schon im Vorfeld konkreter Gefahren oder Straftaten tätig. Bei der Wahrnehmung seines gesetzlichen Auftrags richtet er seinen Fokus schwerpunktmäßig auf Strukturen und Organisationen, insbesondere solche, die gewaltorientiert sind.

Über seine Erkenntnisse und Einschätzungen informiert der Verfassungsschutz die Öffentlichkeit regelmäßig und gebündelt in seinem jährlichen Verfassungsschutzbericht und darüber hinaus bei bedeutsamen konkreten Anlässen. Eine Berichterstattung im Verfassungsschutzbericht setzt voraus, dass aufgrund hinreichend gewichtiger tatsächlicher Anhaltspunkte ein

8

Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen besteht.

Kennzeichnung

Strukturen und Organisationen, deren Verfassungsfeindlichkeit bereits erwiesen ist, werden im Folgenden im Fettdruck gekennzeichnet. Soweit die Verfassungsfeindlichkeit zwar noch nicht erwiesen ist, aber hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte einen Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen begründen, werden die betroffenen Organisationen in Kursiydruck gesetzt.

Beispiel: Partei X, Partei Y

Bei "Bestrebungen" handelt es sich gemäß § 3 Abs. 5 VSG NRW um politisch bestimmte, zielund zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem
oder für einen Personenzusammenschluss, der
gegen die in § 3 Abs. 1 VSG NRW genannten
Schutzgüter gerichtet ist. Ein "Personenzusammenschluss" besteht aus mehreren Personen,
die gemeinsam handeln. Daneben können aber
auch Einzelpersonen unter der Beobachtung
des Verfassungsschutzes stehen.

Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Im Zentrum steht der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie bildet den Kern des Grundgesetzes, der gemäß Art. 79 Abs. 3 GG gegen jede Veränderung geschützt ist. § 3 Abs. 6 VSG NRW zählt hierzu im Einzelnen folgende Grundsätze:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und deren Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,

- ▶ die Unabhängigkeit der Gerichte,
- den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Auswärtige Belange der Bundesrepublik und Völkerverständigung

Daneben beobachtet der Verfassungsschutz Bestrebungen, "die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden". Hier geht es beispielsweise um gewaltbereite extremistische Gruppen mit Auslandsbezug, die vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aus Gewaltaktionen vorbereiten, um eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse im Ausland, insbesondere

in ihren Heimatländern, herbeizuführen und die dadurch die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten beeinträchtigen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW), Auch Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind, gehören zu den Beobachtungsobiekten des Verfassungsschutzes (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW). Der Verfassungsschutz beobachtet international operierende Gruppierungen, die beispielsweise darauf abzielen, konfessionelle oder ethnische Gruppen im Ausland zu bekämpfen. In diesem Fall sind die Angriffe nicht auf die staatliche Ordnung oder die Grenzen eines einzelnen anderen Landes gerichtet, sondern gegen bestimmte (Volks-)Gruppen in den betreffenden Staaten. Gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind damit auch Gruppierungen, die

die – notfalls gewaltsame – Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete propagieren.

Arbeitsweise des Verfassungsschutzes

Bei seiner Tätigkeit stützt sich der Verfassungsschutz in großem Umfang auf offenes Material wie Zeitungen, Radio- und Fernsehberichte sowie Veröffentlichungen im Internet und den sozialen Medien. Ouellen können dabei unter anderem wissenschaftliche Beiträge. Interviews und zum Beispiel Parteiprogramme sein. Typischerweise geben sich extremistische Organisationen in ihren Programmen und öffentlichen Auftritten jedoch gemäßigt, um ihre Akzeptanz und ihre Wahlchancen nicht zu beeinträchtigen, Klartext wird häufig nur in den inneren Zirkeln und unter Ausschluss der Öffentlichkeit gesprochen. Auch darüber muss der Verfassungsschutz verlässliche Informationen erlangen, um sich ein realistisches Rild von den Zielen und den Methoden

derartiger Organisationen zu verschaffen und seinen Auftrag zur Beratung der Politik und Aufklärung der Öffentlichkeit zu erfüllen. Zur Aufklärung konspirativ arbeitender verfassungsfeindlicher Organisationen ist deshalb der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel notwendig. Dabei werden nach Maßgabe konkreter gesetzlicher Vorgaben insbesondere Vertrauenspersonen (V-Personen) eingesetzt und Zielpersonen observiert. In besonders gravierenden Einzelfällen erfolgt eine Überwachung des Post- und Telekommunikationsverkehrs.

Die gesamte Tätigkeit des Verfassungsschutzes unterliegt der Kontrolle des Parlamentarischen Kontrollgremiums des nordrhein-westfälischen Landtags und bei bestimmten Maßnahmen zur Kommunikationsüberwachung oder Finanzermittlung dem Genehmigungsvorbehalt durch eine unabhängige Kommission (G 10-Kommission).

Kompakt

Rechtsextremismus

- Hinsichtlich des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ist sich die rechtsextremistische Szene einig, dass die USA und NATO negativ zu sehen sind und die aus den Sanktionen gegen Russland resultierenden Folgen wie der Anstieg der Energiepreise und der Inflation als Protestthemen instrumentalisiert
- werden sollen, um das politische System zu diskreditieren.
- ▶ In den vergangenen Jahren relevante Organisationen, wie Die Rechte und die Bruderschaft Deutschland, haben an Bedeutung verloren, ohne dass deren Mitglieder sich vom Rechtsextremismus distanziert hätten.

Februar
 Sendeverbot RT Deutschland wegen fehlender Lizenz beschlossen

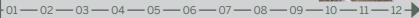


3. Februar
Tod des Anführers des soge-

nannten "Islamischen Staates" bei einer US-amerikanischen Militäroperation







Organisatorisch geht die Entwicklung in Richtung eines anlassbezogenen mobilisierbaren Netzwerkes.

Das Zusammenwirken von Rechtextremisten, Reichsbürgern und Delegitimierern in terroristischen Gruppierungen zeigt, dass sich Teile der verschiedenen extremistischen Szenen gleichsam im Widerstand sehen und deshalb schwere Gewalttaten als notwendig und gerechtfertigt erachten.

Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates

▶ Die Delegitimierer greifen statt der Corona-Pandemie neue Themen wie steigende Energiepreise, Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Russland auf und stellen die demokratisch gewählten politischen Eliten als bekämpfenswertes Feindbild dar.

24. Februar Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine



8. März

Urteil des Verwaltungsgerichtes Köln: Verfassungsschutz darf den AfD-Bundesverband und die Junge Alternative als Verdachtsfall beobachten



2022

Linksextremismus

Linksextremisten versuchten, ihre pandemiebedingten internen Kommunikations- und Mobilisierungsprobleme zu beheben und mit Entgrenzungsstrategien insbesondere in den Themenfeldern Klimaschutz und Antifaschismus linksextremistische Positionen in das demokratische Spektrum zu transportieren.

Auslandsbezogener Extremismus

Im säkularen auslandsbezogenen Extremismus hatten die politischen Entwicklungen in der Türkei generell Auswirkungen auf die Aktivitäten dieser Gruppierungen in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen. Insbesondere beim Aktionsverhalten der PKK haben die aktuellen Entwicklungen in der Türkei und auch die Kampfhandlungen in den kurdischen Siedlungsgebieten in Nordsyrien und im Nordirak zu einem Anstieg demonstrativer Aktivitäten geführt.

6. April Bundesweite Großrazzia gegen Neonazis der Gruppe Atomwaffen Division Deutschland, Combat18 und Knockout51



13. April

Verhaftung mehrerer Personen aus dem Querdenker-Spektrum, die Anschläge und die Entführung des Bundesgesundheitsministers planten

2022

01 - 02 - 03 - 04 - 05 - 06 - 07 - 08 - 09 - 10 - 11 - 12

Islamismus

▶ Die extremistisch-salafistische Szene hat sich trotz der Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie und den Verdrängungseffekten durch Verbotsmaßnahmen angepasst und ihre Aktivitäten weiter verstärkt: Der extremistische Salafismus bleibt eine langfristige Herausforderung für die Sicherheitsbehörden und die Gesellschaft ▶ Die jihadistische Szene ist nach wie vor virulent: die Verbreitung jihadistischer Propaganda und Ideologie bietet weiterhin einen N\u00e4hrboden f\u00fcr terroristische Gewalt, so dass die Gefahr terroristischer Anschl\u00e4ge in Deutschland von islamistisch motivierten Extremisten weiterhin als sehr hoch einzusch\u00e4tzen ist.

12. Mai Festnahme eines 16-jährigen Schülers wegen eines geplanten rassistisch-motivierten Anschlags an einer Essener Schule 15. Mai Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen



2022

-01 — 02 — 03 — 04 — 05 — 06 — 07 — 08 — 09 — 10 — 11 — 12 **—**

Das Verbot des Hizb Allah-nahen Imam Mahdi-Zentrums (IMZ) in Münster stellt eine erhebliche Beeinträchtigung für die Sympathisanten der Organisation in NRW dar und hatte mit dem zeitgleich erfolgten Verbot eines Vereins in Bremen eine bundesweite Signalwirkung für den schiitischen Islamismus.

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

▶ Die mit dem Angriffskrieg Russlands einhergehende Eskalation setzt die russischen Nachrichtendienste unter erheblichen Informationsbeschaffungsdruck. Für Deutschland und NRW erhöht dies das Risiko für Cyberangriffe, Sabotageakte sowie staatsterroristische Aktivitäten und es lässt bereits jetzt eine Ausweitung russischer Desinformationsund Propagandakampagnen erkennen.

25. Juni Mutmaßlich Islamistischer und queerfeindlicher Anschlag in Oslo mit zwei Todesopfern



26.-28. Juni Dreitägiger G7-Gipfel in Elmau

2022

$$-01 - 02 - 03 - 04 - 05 - 06 - 07 - 08 - 09 - 10 - 11 - 12 - 12$$

- ► Im Bereich der Proliferation führen die gegen Russland verhängten Sanktionen zu verdeckten, nachrichtendienstlich gesteuerten Umgehungs- und Einkaufsbemühungen. Der Iran versucht ebenfalls weiterhin, Technologie für seine Programme zu beschaffen.
- Diverse weitere Staaten versuchen auch über Operationen im Cyberraum in Nordrhein-Westfalen Zugang zu behördlichen und politischen Institutionen zu gewinnen, relevante Entscheidungsakteure zu kontaktieren, zu vereinnahmen und zu beeinflussen oder gar nachrichtendienstlich anzubahnen.
- ▶ Der Wirtschaftsschutz konzentriert sich bei seinen Informations- und Sensibilisierungsangeboten auf die Kritische Infrastruktur (KRITIS) sowie systemrelevante Unternehmen und Einrichtungen.

19. September Beginn landesweiter Proteste im Iran gegen das iranische Regime wegen des Mordes an einer 22-Jährigen durch die Sittenpolizei



26. September Explosionen als mutmaßlicher gezielter Sabotageakt an Gaspipelines Nordstream 1 und 2

2022 D -01-02-03-04-05-06-07-08-09-10-11-12-

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme

- Die Themen Entgrenzung des Extremismus und Ülkücü-Bewegung/Graue Wölfe standen 2022 im Blickpunkt von Fachtagungen, die der NRW-Verfassungsschutz gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung ausgerichtet hat.
- ▶ Der präventiven Arbeit mit Zielgruppen, die sich im Rechtsextremismus radikalisieren, aber noch nicht fest in dieser Szene verankert sind, ging das VIR-Projekt in einem bundesweiten Fachworkshop nach.

Das Präventionsprogramm "Wegweiser – Gemeinsam gegen Islamismus" mit seinen passgenauen Workshop-Angeboten wurde mit Auslaufen der Pandemie insbesondere von Schulen noch verstärkter nachgefragt. Zudem liegt seit November 2022 der endgültige Evaluationsbericht vor.

8. Oktober Sabotageakt gegen die Deutsche Bahn mit schweren Einschränkungen in Norddeutschland 18. November Anschlag auf die Alte Synagoge in Essen



2022

- ▶ Das Aussteigerprogramm Islamismus (API) durchlief 2022 eine wissenschaftliche Evaluation. Auch die Programme Spurwechsel (Rechtsextremismus) und Left (Linksextremismus/auslandsbezogener Extremismus) haben weiterhin ausstiegswillige Menschen erfolgreich bei der Distanzierung von extremistischen Szenen begleitet.
- Der Rückkehrkoordinierende (RKK) hat sich als wichtiger Akteur in NRW etabliert. RKK unterstützte 2022 vor allem die Deradikalisierungsarbeit und die (Re-)Integration der Rückgekehrten in die Gesellschaft.

7. Dezember Bundesweit größte Razzia der Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland gegen Anhänger der Reichsbürger-Szene



2022 \longrightarrow -01 \longrightarrow 02 \longrightarrow 03 \longrightarrow 04 \longrightarrow 05 \longrightarrow 06 \longrightarrow 07 \longrightarrow 08 \longrightarrow 09 \longrightarrow 10 \longrightarrow 11 \longrightarrow 12

Über den Verfassungsschutz



Verfassungsschutz ist nach dem Grundgesetz eine Aufgabe der Länder und des Bundes. Verfassungsschutzbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen ist das Ministerium des Innern. Die für den Verfassungsschutz zuständige Abteilung im Ministerium nimmt ihre Aufgaben gesondert von der Polizeiorganisation wahr. Die Verfassungsschutzbehörden der einzelnen Bundesländer sind gesetzlich dazu verpflichtet, untereinander und mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz

zu kooperieren, wobei das Bundesamt die Aufgaben einer Zentralstelle auf Bundesebene übernimmt.

Der Verfassungsschutz NRW verfügte im Jahr 2022 über rund 21,66 Millionen Euro, das sind rund 1,2 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Davon waren rund 9,8 Millionen Euro für die Prävention vorgesehen. Zudem waren ihm für das Berichtsjahr 556 Stellen zugewiesen.

Aufgaben

Der Verfassungsschutz hat die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen Informationen zu verfassungsfeindlichen Bestrebungen zu beschaffen, zu sammeln und auszuwerten.

Dazu gehören insbesondere Aktivitäten, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder darauf abzielen, die Amtsführung von Verfassungsorganen des Bundes oder eines Landes ungesetzlich zu beeinflussen. Des Weiteren betrifft dies Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind, oder sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht.

Dabei verfolgt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz mit den zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln eine Dreifachstrategie aus Früherkennung, Frühwarnung und Prävention.

Als Frühwarnsystem hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, mögliche verfassungsfeindliche Bestrebungen zu identifizieren, deren Ursachen zu analysieren, Entwicklungen zu prognostizieren und Politik, Verwaltung und Gesellschaft darüber zu informieren. Er wirkt ferner daran mit, drohenden politischen und wirtschaftlichen Schaden durch illegitime oder illegale Aktivitäten fremder Mächte in Deutschland zu verhindern.

Als Früherkennungssystem unterstützt der Verfassungsschutz andere Behörden bei der rechtzeitigen Erkennung von Gefahren, die im Einzelfall aus derartigen Bestrebungen erwachsen;

dazu gehört es auch, extremistische Personen zu erkennen, die potenziell Gewalt anwenden könnten.

Im Rahmen der Prävention schafft der Verfassungsschutz einerseits durch Aufklärung der Öffentlichkeit ein Bewusstsein für die Gefahren des Extremismus, um die Demokratie von innen heraus zu stärken (primäre Prävention). Andererseits bietet er durch gezielte Angebote Schutz vor dem Einstieg in extremistische Szenen (sekundäre Prävention) und unterstützt den Ausstieg aus ihnen (tertiäre Prävention). Diese personenbezogenen Präventionsmaßnahmen werden vor allem durch das Wegweiser-Programm und die Aussteigerprogramme realisiert. Schließlich sensibilisiert der Verfassungsschutz auch die Wirtschaft vor den Gefahren durch Spionage und Sabotage, um so deren Eigenschutzmechanismen zu aktivieren

Kontrolle des Verfassungsschutzes

Die Aufgaben und Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde sind im Verfassungsschutzgesetz NRW (VSG NRW) definiert. Zugleich ist dort geregelt, durch wen und wie ihr Handeln kontrolliert wird, denn eine rechtliche und politische Kontrolle der Verwaltung sind konstitutive Merkmale des Rechtsstaates. Dies gilt auch für den Verfassungsschutz.

Da die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes aufgrund ihrer besonderen Geheimhaltungsbedürftigkeit in der Regel nicht öffentlich im Parlament oder seinen Ausschüssen beraten werden können, gibt es für die Kontrolle besondere Stellen. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG). Der Landtag Nordrhein-Westfalen bestimmt zu Beginn jeder Wahlperiode die Anzahl der Mitglieder des PKG und wählt diese aus seiner Mitte.

Das PKG überwacht umfassend die Tätigkeit des Verfassungsschutzes. Für die Kontrolle der Telekommunikationsüberwachungs- und Finanzermittlungsmaßnahmen des Verfassungsschutzes bestellt das PKG in jeder Legislaturperiode die sogenannte G 10-Kommission. Diese ist, anstelle eines Richters, auch für die Genehmigung dieser Maßnahmen zuständig.

Verarbeitung personenbezogener Daten
Zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben dürfen
Verfassungsschutzbehörden unter bestimmten
gesetzlichen Voraussetzungen personenbezogene Daten erheben und verarbeiten. Die Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen nutzt
dazu eigene Dateien sowie das "Nachrichtendienstliche Informationssystem und Wissensnetz" (NADIS WN), auf das die Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes
gemeinsam Zugriff haben.

Erfasst werden insbesondere Daten zu Personen, über die Erkenntnisse im Zusammenhang mit politischem Extremismus vorliegen. Getrennt davon werden Daten gespeichert zu Personen, die wegen ihres Umgangs mit Verschlusssachen oder ihrer Tätigkeit in einem sicherheitsempfindlichen Bereich einer Sicherheitsüberprüfung unterliegen. Die Durchführung solcher Überprüfungen erfolgt mit Zustimmung der Betroffenen und macht rund 90 Prozent aller NADIS-Einträge aus Nordrhein-Westfalen aus.

Öffentlichkeitsarbeit

Eine informierte, aufgeklärte Öffentlichkeit ist eine Grundvoraussetzung, um die Gesellschaft vor extremistischen Bestrebungen zu schützen. Daher versteht der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen den Leitspruch

"Verfassungsschutz durch Aufklärung" als einen wesentlichen Arbeitsauftrag.

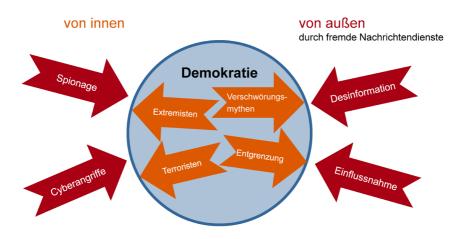
Damit Bevölkerung, Politik und Medien Anzeichen für Extremismus frühzeitig erkennen können, leistet der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz intensive Aufklärungsarbeit und bietet eine breite Palette verschiedener Informationsmittel an. Dazu gehören Vorträge und Tagungen, Broschüren und verschiedene Online-Angebote.

Einen umfassenden Aufklärungsbeitrag, der alle verfassungsschutzrelevanten Themen umfasst, liefert der jährliche Verfassungsschutzbericht. Die Mitglieder des nordrhein-westfälischen Landtags sind die ersten Adressaten des jährlichen Berichts. Die Jahresberichte dienen Behörden und anderen öffentlichen Stellen als Nachschlagewerke zum Extremismus in NRW.

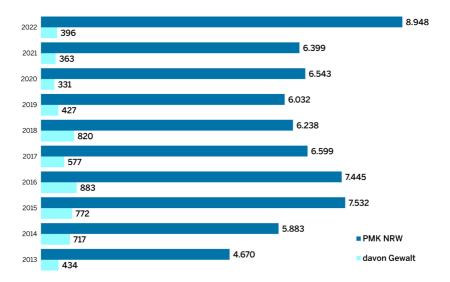
Sie werden zudem von der Öffentlichkeit stark nachgefragt.

Informationen zu aktuellen Schwerpunktthemen finden sich in Berichten und Broschüren, die über die Internetseite des Ministeriums des Innern unter www.im.nrw/verfassungsschutz abrufbar und kostenfrei bestellbar sind.

Extremismus in Zahlen

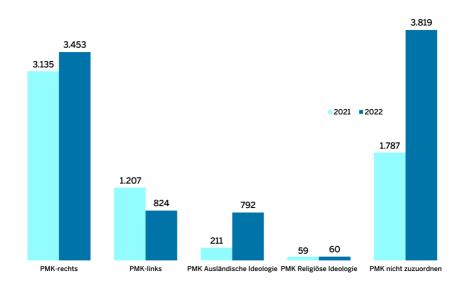


Bedrohungen für die Demokratie von innen und außen

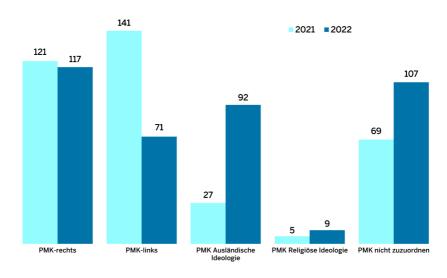


Gesamtentwicklung der Politisch motivierten Kriminalität in NRW im 10-Jahres-Vergleich

Politisch motivierte Kriminalität in NRW nach PMK-Phänomenbereichen



Gewaltkriminalität in NRW nach PMK-Phänomenbereichen



Straf- und Gewalttaten der PMK-Phänomenbereiche nach Deliktsgruppen

	PMK-rechts		PMK-links	
Deliktsgruppen	2022	2021	2022	2021
Tötungsdelikte	0	0	0	0
Brand- und Sprengstoffdelikte	2	1	13	9
Landfriedensbruchdelikte	0	0	6	23
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft-, und Straßenverkehr	0	1	8	9
Körperverletzungsdelikte	107	104	28	56
Widerstandhandlungen	4	13	14	40
Raub, Erpressung, Freiheitsberaubung	4	2	2	4
Sexualdelikte	0	0	0	0
Zwischensumme	117	121	71	141
Bedrohungen, Nötigungen	82	71	24	31
Sachbeschädigungen	115	179	371	583
Propagandadelikte	2.087	1.778	9	14
Volksverhetzungen	513	551	2	5
Störungen des öffentlichen Friedens	65	10	0	9
Beleidigungen	380	326	92	132
Verstöße gegen das VereinsG	2	0	2	0
Verstöße gegen das VersG	24	38	131	160
Sonstige Straftaten	68	61	122	132
Gesamt	3.453	3.135	824	1.207

30

PMK -ausländische Ideologie		PMK -religiöse Ideologie		PMK -nicht zuzuordnen	
2022	2021	2022	2021	2022	2021
0	0	0	1	0	0
3	0	0	0	5	5
10	0	0	0	2	1
1	0	0	0	6	8
35	16	8	3	65	27
42	11	1	0	27	25
1	0	0	1	2	3
0	0	0	0	0	0
92	27	9	5	107	69
57	17	9	7	65	70
209	50	4	3	499	730
20	3	4	3	276	196
29	40	4	2	98	57
15	2	2	2	34	15
45	24	3	6	251	192
50	10	8	2	2	0
28	14	0	0	2.130	287
247	24	17	29	357	171
792	211	60	59	3.819	1.787

Personenpotenziale in Nordrhein-Westfalen

Die Angaben zu den Parteien und Organisationen umfassen grundsätzlich das gesamte Personenpotenzial. Die Angaben sind gerundet.

Rechtsextremismus	2021	2022
NPD	375	350
Die Rechte	290	270
Der III. Weg	40	40
Sonstiges rechtsextremistisches Personenpotenzial in Parteien (völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss innerhalb der Alternative für Deutschland (AfD), ehemals "Flügel")	950	950
In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen, insbesondere neonazistischen Kameradschaften und Mischszene	1.200	1.150
Unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial, insbesondere die Skinhead-Szene	1.520	1.250
abzüglich Doppelzurechnungen*	-500	-465
Gesamt	3.875	3.545
davon gewaltorientierte Rechtsextremisten	2.000	1.900
Reichsbürger und Selbstverwalter	3.400	3.400
Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates	300	300

^{*}Einzelne Personen können gleichzeitig zwei Organisationen oder Gruppierung zugerechnet werden. Die Mitglieder der Partei Die Rechte werden weiterhin als Neonazis gezählt.

Linksextremismus	2021	2022
Gewaltorientierte Linksextremisten einschl. Autonome und Anarchisten*	1.120	1.260
DKP	800	800
MLPD	750	750
Gesamt	2.670	2.810

^{*}Gewaltorientierte Anarchisten sind erstmalig ausgewiesen.

Auslandsbezogener Extremismus	2021	2022
ADÜTDF	2.000	2.000
ATIB	600	600
ANF	300	300
Freie Szene der Ülkücü-Bewegung		800
DHKP-C	200	200
KONGRA-GEL bzw. PKK	2.200	2.200
Gesamt	5.300	6.100

Islamismus	2021	2022
Extremistischer Salafismus	3.200	2.800
davon politisch	2.420	2.200
davon gewaltbereit	780	600
HAMAS	175	150
Hizb Allah	350	350
Hizb ut-Tahrir	100	120
Kalifatsstaat	220	150
Muslimbruderschaft (inkl. HAMAS)	350	270
Milli Görüş-Bewegung (extremistischer Teil)	250	250
Türkische Hizbullah	60	50
Furkan-Gemeinschaft	80	80
abzüglich Doppelzurechnungen*	-175	-150
Gesamt	4.610	4.070

^{*}Einzelne Personen können gleichzeitig zwei Organisationen oder Gruppierungen zugerechnet werden.

Sonderthema: Krisen und ihre Auswirkungen auf Extremismus

Krisen sind immer eine Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine Belastungsprobe für den Erhalt unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Nicht zuletzt, weil Extremisten versuchen, die gesellschaftliche Herausforderung für ihre Zwecke zu missbrauchen. Die Zuspitzung gesellschaftlicher Konflikte erfolgt dabei mit dem Ziel, eigene Themen und Thesen für die Mehrheitsbevölkerung anschlussfähig zu machen. Staatliche Akteure versuchen auf diese Weise, die Destabilisierung der Gesellschaft zu forcieren.

Bereits im Zuge der Corona-Pandemie ließen sich entsprechende Versuche der Entgrenzung

und illegitimer staatlicher Einflussnahme beobachten. Im Spätsommer 2022 richtete sich der Blick verstärkt auf mögliche vergleichbare Entwicklungen vor dem Hintergrund einer sich zuspitzenden Energiekrise, steigender Inflation und des Ukraine-Krieges.

Auch wenn die Prognosen zum sogenannten "Wutwinter" in der drastischen Form, wie sie insbesondere in extremistischen Szenen vorausgesagt wurden, nicht eintraten, so wurden dennoch Versuche festgestellt, dass Extremisten die Krisensituation nutzen wollten, um ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu erreichen.

Gleichzeitig versuchen Staaten wie beispielsweise die Russische Föderation, innere Konflikt- und Krisensituationen zur Destabilisierung unserer Demokratie zu nutzen. Es zeigt sich, dass mit dem Verschwimmen von äußerer und innerer Sicherheit der Schutz unserer freiheitlichen Demokratie immer mehr als Querschnittsaufgabe verstanden werden muss. Mit der Erstellung ganzheitlicher Analysen und seinem vielfältigen Aufklärungs- und Sensibilisierungsangebot leistet der NRW-Verfassungsschutz dazu einen wichtigen Beitrag als Frühwarnsystem.

Antisemitismus

Von den etwa 100.000 Jüdinnen und Juden, die in Deutschland in jüdischen Gemeinden organisiert sind, leben rund 27.000 in Nordrhein-Westfalen. Damit ist das Bundesland Heimat der größten jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Die jüdische Gemeinde in Köln beispielsweise wurde bereits im Jahr 321 in einem Dekret des römischen Kaisers Konstantin erwähnt und gilt damit als älteste nördlich der Alpen. Jüdisches Leben hat also eine lange Tradition in Nordrhein-Westfalen.

Nichtsdestotrotz sehen sich Jüdinnen und Juden immer wieder Vorurteilen, Anfeindungen und teils offenen Drohungen ausgesetzt. In diesem Zusammenhang ist es wichtig aufzuzeigen, wo legitime Meinungsäußerung oder Kritik aufhört und Antisemitismus beginnt. Die International Holocaust Rememberance Alliance (IHRA), der auch Deutschland angehört. definiert diesen als "eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort. oder Tat gegen jüdische oder nichtiüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen." In der von der Bundesregierung verabschiedeten Erweiterung wird zusätzlich festgelegt, dass auch der Staat Israel.

der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein kann.

Das American Jewish Committee (AJC) hat das Institut für Demoskopie Allensbach (IFD) mit der repräsentativen Umfrage "Antisemitismus in Deutschland" beauftragt, deren Ergebnisse im Mai 2022 vorgestellt wurden. Die Studienergebnisse zeigen, dass Antisemitismus von einem Großteil der Bevölkerung als Problem wahrgenommen wird. 60 Prozent der Befragten waren überzeugt, dass Antisemitismus ein weit verbreitetes Problem in Deutschland sei, Gleichzeitig belegen die Studienergebnisse aber auch, dass antijüdische Vorurteile und Stereotype von einem beachtlichen Teil der Gesellschaft unterstützt werden. So gaben 23 Prozent der Befragten an, dass Jüdinnen und Juden zu viel Macht in der Wirtschaft und im Finanzwesen hätten. Die Studie untersuchte zudem, wie verbreitet

antisemitische Einstellungen unter der Wählerschaft aller im Bundestag vertretenen Parteien sind. Hier zeigte die Untersuchung, dass Antisemitismus auch in der Mitte der Gesellschaft verankert und damit nicht nur ein Problem der politischen Ränder ist.

Die Zahl der antisemitischen Straftaten ist in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2022 zwar um rund 24 Prozent von 437 auf 331 Straftaten gesunken. Dies gibt aber keinen Anlass für Entwarnung. Dies zeigen etwa die Schüsse auf die Alte Synagoge in Essen im November 2022 oder die Anschlagspläne auf die Synagoge in Hagen im September 2021, Knapp 87 Prozent der antisemitischen Straftaten in Nordrhein-Westfalen wurden im Jahr 2022 dem Phänomenbereich Rechtsextremismus zugeordnet. Aber auch im Islamismus ist der Antisemitismus ein fester ideologischer Bestandteil.

38 Antisemitismus

Ebenso gibt es im Links- und auslandsbezogenen Islamismus immer wieder Anknüpfungspunkte für antisemitische Einstellungen. Nicht zuletzt nutzen Delegitimierer den Antisemitismus als Brückennarrativ bei Entgrenzungs- und Ouerfrontstrategien, beispielsweise im Zuge der Corona-Proteste. Im Folgenden werden die Entwicklungen im Jahr 2022 zum Thema Antisemitismus in allen Phänomenhereichen des Verfassungsschutzes ausführlich dargestellt. Dies soll in den künftigen Verfassungsschutzberichten in Form eines ständigen Kapitels fortgeführt werden.

Kennzeichnung

Strukturen und Organisationen, deren Verfassungsfeindlichkeit bereits erwiesen ist, werden im Folgenden im Fettdruck gekennzeichnet. Soweit die Verfassungsfeindlichkeit zwar noch nicht erwiesen ist, aber hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte einen Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen begründen, werden die betroffenen Organisationen in Kursivdruck gesetzt.

Beispiel: Partei X, Partei Y

Antisemitismus 39

Rechtsextremismus



Die aktuelle Krisensituation hatte im Berichtsjahr Auswirkungen auf die Aktivitäten im Rechtsextremismus. Genutzt wurden unter anderem
die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sowie eine stark steigende
Inflation. Dabei versuchen Rechtsextremisten
Einfluss auf das Protestgeschehen zu nehmen.
Auch wenn sie es nicht dominieren, nimmt eine
Abgrenzung zum Rechtsextremismus in Teilen
der Protestszene ab.

Russischer Angriffskrieg

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine löste eine Diskussion innerhalb der rechtsextremistischen Szene aus, wie man diese Aggression bewerten solle und wem die Solidarität gelte. Die Antworten der Szene in Nordrhein-Westfalen fielen uneinheitlich aus, so dass die Reaktionen zwischen Solidaritätsaktionen für die Ukraine und Propagandaaktivitäten im Sinne der russischen Regierung variierten.

Quantitative Entwicklung

In der längerfristigen Betrachtung ist ein Anstieg des rechtsextremistischen Personenpotenzials zu konstatieren. Seit 2015 stieg es von 3.470 auf 3.940, die Zahl der gewaltorientierten Rechtsextremisten ist aber mit 2.000 gleichbleibend hoch geblieben.

Entgrenzung

Ein Teil des Rechtsextremismus, insbesondere die Neue Rechte, versucht fremdenfeindliche und autoritäre Argumente im politischen Diskurs zu "normalisieren" und somit anschlussfähig für breitere Teile der Gesellschaft werden. Diese Strategie ist insofern erfolgreich, als mit der Alternative für Deutschland (AfD) erstmals eine Partei im Bundestag und fast allen Landtagen vertreten ist, die mit dem völkisch-nationalistischen Personenzusammenschluss innerhalb der AfD, ehemals Flügel eine innerparteiliche

rechtsextremistische Gruppierung mit nennenswertem Einfluss besitzt.

Radikalisierung

Fin anderer Teil der rechtsextremistischen Szene möchte die freiheitliche demokratische Grundordnung offensiv bekämpfen, auch unter Anwendung von Gewalt. In einem von Widerstandsund Bürgerkriegsrhetorik geprägten Umfeld haben sich in den vergangenen Jahren mehrfach rechtsterroristische Strukturen oder allein handelnde Täter entwickelt. 2022 verhinderte die Polizei, dass ein 16-jähriger Jugendlicher einen rechtsextremistisch motivierten Amoklauf in Essen an einer Schule beging. Des Weiteren hob die Polizei zwei terroristische Gruppen aus. an denen Reichsbürger und Delegitimierer beteiligt waren. Eine Rolle bei der Radikalisierung spielten mutmaßlich rechtsextremistische Narrative, wie die Verschwörungserzählung OAnon.

Rechtsextremismus 41

Das Zusammenwirken von Rechtextremisten, Reichsbürgern und Delegitimierern in terroristischen Gruppierungen zeigt, dass sich Teile der verschiedenen extremistischen Szenen gleichsam im Widerstand sehen und deshalb schwere Gewalttaten als notwendig und gerechtfertigt erachten.

Virtualisierung

Der Rechtsextremismus nutzt die virtuellen Möglichkeiten des Internets zur Verbreitung von Propaganda, zur Mobilisierung sowie zur Vernetzung und Organisation. Ein besonderes Problem dabei stellen die sogenannten "Echokammern" dar, in denen sich die Teilnehmer einseitig austauschen und damit gegenseitig in ihrem Hass bestätigen.

Reichsbürger und Selbstverwalter

Reichsbürger und Selbstverwalter leugnen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und versuchen die Handlungsfähigkeit des Staates zu beeinträchtigen. An den Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen haben Reichsbürger vielfältig mitgewirkt und intensiv Verschwörungsmythen verbreitet, die zu einer Verunsicherung der Bevölkerung beitragen sollen. Zudem verbreiten Reichsbürger und Selbstverwalter oftmals Narrative der russischen Regierung zum Angriffskrieg auf die Ukraine. Von einzelnen Reichsbürgern geht ein erhebliches Gefahrenpotenzial aus. Dies umfasst auch die Bildung terroristischer Vereinigungen.

42 Rechtsextremismus

Kennzeichnung

Strukturen und Organisationen, deren Verfassungsfeindlichkeit bereits erwiesen ist, werden im Folgenden im Fettdruck gekennzeichnet. Soweit die Verfassungsfeindlichkeit zwar noch nicht erwiesen ist, aber hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte einen Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen begründen, werden die betroffenen Organisationen in Kursivdruck gesetzt.

Beispiel: Partei X, Partei Y

Rechtsextremismus 43

Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates

Ursprünglich als Protest gegen die Corona-Schutzmaßnahmen der Regierung angefangen. hat sich der demokratiefeindliche Teil der Szene seit 2021 zunehmend in eine eigenständige Bewegung mit einem breiten Spektrum politischer Themen entwickelt. Statt des Protestes gegen einzelne politische Entscheidungen ging es zunehmend um ein generelles "Dagegen sein". Der Begriff "Corona-Protestszene" ist daher mittlerweile überholt. Mit der weitgehenden Abschaffung der Corona-Schutzmaßnahmen weitete sich die Themenpalette. Man protestierte nun unter anderem gegen die Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel oder gegen

gestiegene Energiekosten. Durch eine emotionalisierte Darstellung versuchte man, die breite Öffentlichkeit anzusprechen. Auch den am 24. Februar 2022 begonnenen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine thematisierte diese Protestszene, wobei sie vor allem die Reaktion der deutschen Regierung darauf kritisierte.

Die Struktur der Protestszene ist heterogen und in einem steten Wandel begriffen. Seit Mitte 2022 ist nur noch ein "harter Kern" der ursprünglichen Protestszene aktiv. Mit dieser Konzentration ging eine Radikalisierung einher, wodurch sich die Anschlussfähigkeit für

Rechtsextremisten sowie **Reichsbürger und Selbstverwalter** erhöhte. Exemplarisch dafür steht die Demonstration der Gruppierung "NRW Erwacht" im November 2022 in Düsseldorf, an der mehr als ein Dutzend Rechtsextremisten teilnahmen.

Auch in 2022 bildeten Verschwörungsmythen und Desinformationen weiterhin ein tragendes Element der **Delegitimierer**. Ideologisches Zugpferd waren dabei die wiederkehrenden Narrative eines "Great Reset" und einer "New World Order". In diesen Verschwörungsmythen wird behauptet, dass eine korrupte Elite sich heimlich abgesprochen habe, die Weltbevölkerung zu unterjochen, um die eigenen wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen durchzusetzen. Wiederkehrend finden sich in diesen Erzählungen antisemitische Versatzstücke. Haupttäter

sind in diesen Verschwörungsmythen größtenteils jüdische Politiker und Unternehmer.

Kennzeichnung

Strukturen und Organisationen, deren Verfassungsfeindlichkeit bereits erwiesen ist, werden im Folgenden im Fettdruck gekennzeichnet. Soweit die Verfassungsfeindlichkeit zwar noch nicht erwiesen ist, aber hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte einen Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen begründen, werden die betroffenen Organisationen in Kursivdruck gesetzt.

Beispiel: Partei X, Partei Y

Linksextremismus



Das zweite Jahr der Corona-Pandemie war im linksextremistischen Spektrum in NRW geprägt von dem Bemühen, Kommunikation und Aktion aus dem digitalen Raum wieder stärker in die reale Welt zu verlagern.

Autonome: Konflikte, Mobilisierungsschwäche und Massenaktion

Insgesamt hielt im **autonomen Linksextremismus** eine Mobilisierungsschwäche, die seit geraumer Zeit erkennbar ist, weiter an. Insbesondere im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel in Elmau, der von verschiedenen Vortreffen im gesamten Bundesgebiet begleitet wurde, blieben Mobilisierung, Teilnehmerzahlen an Aktionen und auch die Aktionen selbst weit hinter den Erwartungen und Ansprüchen der Szene zurück. Zu anderen Anlässen, zum Beispiel zu einer anarchistischen 1. Mai-Demonstration in Dortmund, aber auch im Zusammenhang mit der

bevorstehenden Räumung des Weilers Lützerath, konnten demgegenüber große Teilnehmerzahlen erreicht werden.

Ein Trend schien sich im Berichtszeitraum mit der Bildung von Strukturen abzuzeichnen, die über typisch autonome lose Vernetzungen hinausgehen. So gründete sich etwa im April 2022 aus verschiedenen linksextremistischen Gruppen die bundesweite "Föderation klassenkämpferischer Organisationen", im Mai schlossen sich Akteure aus dem autonomen Antifaschismus zum "Recherche Kollektiv NRW" zusammen. Demgegenüber führten interne Konflikte in Teilen zum Verlassen von Strukturen durch einzelne Akteure bis hin zur Auflösung ganzer Gruppen.

Ein Ereignis mit bundesweiten Konsequenzen war ein Sexismusvorwurf gegen einen Angehörigen der Interventionistischen Linken (IL).

Während dieser Vorwurf in einer Szene, die den Antisexismus als ein wesentliches Themen- und Aktionsfeld begreift, an sich bereits für Unruhe und Verunsicherung gesorgt hatte, führte der Umgang der IL mit den Vorwürfen zu hochgradigen Spannungen. Durch ein Entscheidungsgremium innerhalb der II wurde ein umfassendes Outing des vermeintlichen Täters einschließlich seiner persönlichen Lebensumstände verfügt. Im Zentrum der szeneinternen Kritik standen die intransparente Verfahrensführung, die Entscheidungsfindung auf Basis unzureichender Erkenntnislage und insgesamt die hierarchischundemokratische Vorgehensweise. In der Folge verließen zahlreiche Akteure die IL. Die Kölner Ortsgruppe, aus der der mutmaßliche Täter stammt, löste sich komplett auf.

Linksextremismus 47

Dogmatischer Linksextremismus: Isolierte Position bei Wahlen, Ukraine-Konflikt und in der Szene

Auch die dogmatischen Akteure **Deutsche** Kommunistische Partei (DKP) und Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) traten im Berichtszeitraum wieder verstärkt mit realweltlichen Aktionen in Erscheinung. Deutlich sichtbar wurden die Parteien im Rahmen des Landtagswahlkampfes, zu dem sie flächendeckend Wahlwerbung durch Plakatierungen, das Verteilen von Flyern und Infostände betrieben. Im Ergebnis der Wahlen verblieben sowohl die DKP als auch die MLPD mit Frst- und Zweitstimmen im niedrigen vierstelligen Bereich in der parlamentarischen Bedeutungslosigkeit. Die **DKP** nutzte die Lockerungen der Pandemieregelungen unter anderem für die Ausrichtung des mehrfach verschobenen 21. Pressefestes. Nach Parteiangaben nahmen im Verlauf

des Veranstaltungswochenendes im August rund 10.000 Personen teil. Die Veranstaltung war durch die **DKP** im Vorfeld in Anspielung auf den Ukraine-Konflikt als das "rote Friedensfest in Berlin gegen NATO-Aggression und deutsche Großmachtpläne" beworben worden. Während damit in der Partei offenhar Konsens über die Rolle der NATO für Ursache und Verlauf des Konfliktes herrscht, konnte parteiintern keine Einigkeit erzielt werden, ob der Angriff Russlands zu verurteilen ist oder nicht. Auch in der MLPD war der Krieg in der Ukraine Anlass für eine Positionsbestimmung. Anders als die **DKP** sieht die **MLPD** in Russland einen Mitverursacher: gleichwohl werden auch in der MLPD von ihr so bezeichnete "imperialistische Bestrebungen der NATO" als mitursächlich für den Krieg angesehen. Eine "Gesprächsrunde zum Ukrainekrieg war zudem Bestandteil des Programms für die Feierlichkeiten zum 40-jährigen Parteijubiläum.

48 Linksextremismus

das vom 26. bis 28. August 2022 in Gelsenkirchen stattfand.

Kennzeichnung

Strukturen und Organisationen, deren Verfassungsfeindlichkeit bereits erwiesen ist, werden im Folgenden im Fettdruck gekennzeichnet. Soweit die Verfassungsfeindlichkeit zwar noch nicht erwiesen ist, aber hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte einen Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen begründen, werden die betroffenen Organisationen in Kursivdruck gesetzt.

Beispiel: Partei X, Partei Y

Linksextremismus 49

Auslandsbezogener Extremismus



Im nicht religiösen auslandsbezogenen Extremismus liegt ein deutlicher Schwerpunkt der Beobachtung auf Organisationen mit Bezug zur Türkei. Diese agieren sowohl im linksextremistischen als auch im nationalistisch geprägten rechtsextremistischen Spektrum. Das linksextremistische Spektrum repräsentieren die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und die Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (DHKP-C). Zum rechtsextremistischen Spektrum zählt die

als Graue Wölfe bekannte Ülkücü-Bewegung mit den ihr zuzuordnenden Dachverbänden Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF), Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V. (ATIB), Föderation der Weltordnung in Europa (ANF) und die ebenfalls der Ülkücü-Bewegung zuzurechnende, jedoch nicht in Dachverbänden organisierte sogenannte freie Szene der Ülkücü-Bewegung.

Reaktionen der PKK auf Ereignisse in der Türkei und in den kurdischen Siedlungsgebieten in Nordsyrien und im Nordirak

Im Berichtszeitraum 2022 kam es erneut zu Angriffen auf Stellungen der **PKK** in den kurdischen Siedlungsgebieten in Nordsyrien und im Nordirak. Die Kampfhandlungen beeinflussten unmittelbar die Agitation der PKK und führten zu einer erhöhten Anzahl an Demonstrationen und Protestkundgebungen im Bundesgebiet und in Nordrhein-Westfalen, Nachdem bereits im April und Juni größere Veranstaltungen mit bis zu 6.500 Teilnehmern in Düsseldorf stattfanden, kam es nach einer militärischen Offensive im Kampfgebiet, bei dem nach Angaben der PKK von türkischer Seite auch Chemiewaffen eingesetzt worden sein sollten, erneut zu einer deutlichen Intensivierung der Proteste. Demonstrationen in diesem Kontext haben großen Zulauf und dienen der PKK und ihren Anhängern

dazu, mediale Aufmerksamkeit für ihre Anliegen zu gewinnen. Zudem bemüht sich die Organisation durch diese öffentlichkeitswirksame Agitation darum, in den ihr nahestehenden Szenen. möglichst viele Gelder zur Unterstützung der umkämpften kurdischen Siedlungsgebiete zu generieren. Darüber hinaus wirkt die PKK nach wie vor mit ihren nicht dem Betätigungsverbot unterliegenden Strukturen in die Zivilgesellschaft hinein. Solche Entgrenzungstendenzen finden sich bei der PKK beispielsweise in dem Versuch, sich im Rahmen ihrer politischen und kulturellen Lobbvarbeit von dem Makel der Einstufung als Terroroganisation zu befreien.

Aktionsverhalten von DHKP-C-Aktivisten

Kundgebungen und die Solidarisierung mit inhaftierten Mitgliedern der Organisation sind ein wesentlicher Teil des Aktionsverhaltens von Aktivisten und Sympathisanten der **DHKP-C** in Deutschland und NRW. Fin weiteres zentrales Thema ist das "Märtvrergedenken", bei dem an Mitglieder erinnert wird, die bei Selbstmordanschlägen oder in Folge von "Todesfasten" genannten Hungerstreiks verstorben sind. Solidarität für inhaftierte Mitglieder und Sympathisanten und das "Märtvrergedenken" bleiben damit zentraler Aspekt der Agitation und Propaganda von Aktivisten der **DHKP-C** in Deutschland. Einen weiteren thematischen Schwerpunkt legt die DHKP-C in ihr Bestreben, sich vom Makel der Einstufung als ausländische terroristische Vereinigung zu befreien.

Aktivitäten der Ülkücü-Bewegung

In Deutschland manifestiert sich der türkische Rechtsextremismus in drei Dachverbänden sowie einer verbandsunabhängigen freien Szene der Ülkücü-Bewegung. Ihre gemeinsame weltanschauliche Klammer bildet die

Ülkücü-Ideologie, die sich durch einen übersteigerten Nationalismus auszeichnet. Nach wie vor stellt die Wiedervereinigung aller Turkvölker in einem Großreich "Turan" ein zentrales Ideologieelement der Ülkücü-Bewegung dar. Damit geht eine deutliche Überhöhung der türkischen Ethnie sowie eine Herabwürdigung anderer Ethnien durch das Pflegen von Feindbildern einher. Dazu gehören unter anderem Kurden und Juden. aber auch Armenier und Christen. Während die Dachverbände ADÜTDF. ATIB und ANF nach außen hin die Nähe zur Ülkücü-Ideologie eher kaschieren und ihre Mitglieder zu einem rechtskonformen Verhalten anhalten, ist in der freien. Szene der Ülkücü-Bewegung die Fokussierung auf die Feindbilder deutlicher erkennbar. Aktuelle Ereignisse und Entwicklungen in Deutschland, in der Türkei oder den türkischen Staat. betreffend werden in der freien Ülkücü-Szene

in den sozialen Medien thematisiert und in rassistischer, antisemitischer Art und Weise kommentiert.

Kennzeichnung

Strukturen und Organisationen, deren Verfassungsfeindlichkeit bereits erwiesen ist, werden im Folgenden im Fettdruck gekennzeichnet. Soweit die Verfassungsfeindlichkeit zwar noch nicht erwiesen ist, aber hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte einen Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen begründen, werden die betroffenen Organisationen in Kursivdruck gesetzt.

Beispiel: Partei X, Partei Y

Islamismus



Die jihadistische Ideologie ist nach wie vor ein Nährboden für terroristische Gewalt. Dadurch besteht weiterhin eine sehr große Gefahr für terroristische Anschläge in Deutschland von islamistisch motivierten Extremisten. Das zeigt nicht zuletzt der mutmaßlich geplante Anschlag in Castrop-Rauxel an Silvester 2022. Deshalb bleibt der **extremistische Salafismus** eine langfristige Herausforderung für die Sicherheitsbehörden und die Gesellschaft.

Zurzeit versuchen der **IS** wie auch **al-Qaida** eher, Einzeltäter oder Kleinst-Gruppen anzustiften und wenn möglich anzuleiten, Angriffe unter Verwendung einfacher Tatmittel (Hieb- und Stichwaffen, Fahrzeuge) zu begehen. Unabhängig davon sind für diese Terrororganisationen "Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen" (USBV) aufgrund ihrer größeren Wirkung aber nach wie vor ein wichtiges Tatmittel.

Feindbilder und damit auch Anschlagsziele sind unverändert alle staatlichen Einrichtungen, insbesondere Polizei und Bundeswehr, sowie symbolträchtige Einrichtungen. Veranstaltungen und Gebäude, Aufgrund eines virulenten Antisemitismus in diesen Terrororganisationen befinden sich auch tatsächliche oder vermeintliche jüdische Einrichtungen und Einzelpersonen in deren Zielspektrum. Insbesondere nicht-komplexe Angriffe werden vor allem gegen sogenannte "weiche" Ziele gerichtet, weil dort eher die Wahrscheinlichkeit gegeben ist, größeren Schaden anrichten zu können.

Missionierungs-Aktivitäten extremistischsalafistischer Akteure erneut im öffentlichen Raum

Seit Januar 2022 nehmen extremistisch-salafistische Propaganda- und Missionierungs-Aktivitäten wieder zu. Diese als "Da'wa" – Einladung

(zum Islam) oder auch Missionierung – bezeichneten Aktivitäten zur Verbreitung extremistischsalafistischer Anschauungen hatten sich seit dem Verbot der "LIES!-Kampagne" 2016 ganz überwiegend aus dem öffentlichen Raum, von der Straße in private Räumlichkeiten und in die Sozialen Medien verlagert. Seit Beginn des Jahres 2022 werden wieder sowohl die sogenannte "Street-Da'wa", als auch die Da'wa in Moscheen und "Plakat-Da'wa" verstärkt im öffentlichen Raum beobachtet. In der Online-Da'wa werden diese Formate aufgegriffen und weiterverbreitet. hauptsächlich auf den Plattformen TikTok und Instagram, Dabei treten unterschiedliche Akteure und Organisationen auf, die untereinander vernetzt sind. Hierzu gehören unter anderem "Salam – Aufruf zum inneren Frieden", "Einladung zum Islam", oder "Was ist Islam?".

Islamismus 55

Verbot des "Islamischen Kulturvereins Nuralislam"

Der in Dortmund ansässige Moscheeverein "Islamischer Kulturverein Nuralislam" wurde durch den Innenminister des Landes Nordrein-Westfalen am 10. März 2022 verboten. Dabei handelte es sich um ein Zentrum extremistisch-salafistischer Propaganda mit einer jihadistischen Ausrichtung. Der Moscheeverein war zugleich ein Rekrutierungszentrum für ein IS-nahes Netzwerk, das auch in Beziehung zum rechtskräftig verurteilten und in Haft befindlichen IS-Rekruteur Abu Walaa stand.

Verbot des Iman Mahdi-Zentrums

Bereits am 30. April 2020 hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat die libanesische **Hizb Allah** als Terrororganisation in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegt. Dies war ein wichtiger Schritt bei der

Bekämpfung eines insbesondere gegen Israel gerichteten Terrorismus. Im Anschluss an das Verbot war zu belegen, dass bestimmte Vereine eng mit der Hizb Allah verbunden sind. Dies ist in Bezug auf das **Imam Mahdi-Zentrum (IMZ)** in Münster und dessen Trägerverein "Fatime Versammlung" gelungen, Am 17. März 2022 wurde das IMZ durch den Innenminister des Landes NRW verboten und geschlossen, weil es sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung und die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet und die Hizb Allah finanziell und propagandistisch unterstützt hat.

56 Islamismus

Kennzeichnung

Strukturen und Organisationen, deren Verfassungsfeindlichkeit bereits erwiesen ist, werden im Folgenden im Fettdruck gekennzeichnet. Soweit die Verfassungsfeindlichkeit zwar noch nicht erwiesen ist, aber hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte einen Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen begründen, werden die betroffenen Organisationen in Kursivdruck gesetzt.

Beispiel: Partei X, Partei Y

Islamismus 57

Scientology Organisation (SO)

GLUCKLICHSEIN

Die Zahl der Mitglieder in Nordrhein-Westfalen stagniert seit einigen Jahren auf einem im Vergleich zu früheren Zeiten überschaubaren Niveau. Die **SO** ist jedoch bemüht, ihr Image aufzubessern und neue Mitglieder zu gewinnen. Die Ende 2018 medial angekündigte Eröffnung einer Idealen Org in Düsseldorf konnte bisher jedoch nicht realisiert werden.

Im Jahr 2022 wurden zahlreiche Fälle bekannt, in denen Druckerzeugnisse von **SO**-Tarnorganisationen, insbesondere von "Der Weg zum Glücklichsein", in Briefkästen nordrhein-westfälischer Bürgerinnen und Bürger eingeworfen wurden. Bei der Gestaltung dieser Materialien fanden meist farbenfrohe und teils kindgerechte Motive Verwendung, die eine Zuordnung zur **SO** oft nicht oder nur schwer möglich machen. Diese Taktik soll die wahre Herkunft der Angebote

verschleiern und einen Erstkontakt mit der **SO** generieren.

Nachdem in den letzten Jahren und insbesondere seit Beginn der Corona-Pandemie deutlich zu beobachten war, dass die SO verstärkt den digitalen Raum nutzte, um dort Webinare und Onlinekurse anzubieten, war in 2022 auch ein Wiedererstarken realweltlicher Aktivitäten festzustellen. So wurde der sukzessive Wegfall der Corona-Einschränkungen offenbar dazu genutzt, wieder in persönlicheren Kontakt mit potenziellen Neumitgliedern zu kommen, beispielsweise durch das Angebot auffälliger Informationsstände in Innenstädten. Es wird davon ausgegangen. dass die **SO** in Zukunft sowohl auf Angebote im digitalen Raum als auch auf analoge Angebote setzen und sich die Vorzüge der ieweiligen Formate zu Nutzen machen wird. Teilweise sind auch Verschränkungen digitaler und analoger

Methoden erkennbar, wenn zum Beispiel Flyer mit QR-Codes in Briefkästen eingeworfen werden, die auf die Website des Fernseh- und Streamingdienstes "Scientology Network" führen.

Kennzeichnung

Strukturen und Organisationen, deren Verfassungsfeindlichkeit bereits erwiesen ist, werden im Folgenden im Fettdruck gekennzeichnet. Soweit die Verfassungsfeindlichkeit zwar noch nicht erwiesen ist, aber hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte einen Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen begründen, werden die betroffenen Organisationen in Kursivdruck gesetzt.

Beispiel: Partei X, Partei Y

Spionageabwehr, Cyberabwehr und Wirtschaftsschutz

Wirtschaftsschutz

Spionage, Sabotage, Datendiebstahl?
Wir beraten kompetent und vertraulich.

Mit dem Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hat sich die schwelende Systemrivalität zwischen der Russischen Föderation und der westlichen Staatengemeinschaft hin zu einer offenen Auseinandersetzung entwickelt. Dadurch erhöht sich die von Russland ausgehende Spionagegefahr auf allen Angriffsvektoren. Neben der klassischen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Spionage betrifft dies unter anderem

die von Cyber- und Sabotageangriffen ausgehenden Risiken, die Versuche der Einflussnahme auf allen Ebenen sowie zunehmende Proliferationsaktivitäten zur Umgehung der gegen Russland verhängten Sanktionen. Die Möglichkeit weiterer staatsterroristischer Anschläge ist einzukalkulieren.

Über die Russische Föderation hinaus verbleibt die sonstige nachrichtendienstliche

Bedrohungslage durch ausländische Nachrichtendienste und sonstige geheimdienstlich oder sicherheitsrelevant agierende Strukturen in Nordrhein-Westfalen weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.

Im Bereich der Spionage interessieren sich ausländische Nachrichtendienste für Haltungen. Verhandlungspositionen und Zielsetzungen politischer Akteure auf Landes- und Kommunalebene. Aber auch Behördenmitarbeiter. ihre Zuständigkeiten und ihr Agieren werden in Nordrhein-Westfalen durch nachrichtendienstliche Strukturen in den Blick genommen. Solche Aktivitäten folgen stets dem Interesse. Personen oder Organisationen für die eigene politische Agenda zu vereinnahmen, sie zu beeinflussen oder gar nachrichtendienstlich nutzbare Zugänge zu schaffen. Aus diesem Grund hat die Spionageabwehr ihre Sensibilisierungs- und

Beratungsaktivitäten insbesondere im behördlichen Umfeld im Berichtsjahr weiter intensiviert. Darüber hinaus sieht sich die nordrhein-westfälische Wirtschaft und Wissenschaft weiterhin einem erheblichen Spionagerisiko ausgesetzt.

Illegitime Einflussnahme ist in den letzten Jahren zu einem wesentlichen Mittel im Kampf um Einfluss und Vorherrschaft im globalen Gefüge geworden. Übergeordnete Ziele solcher Aktivitäten sind die Destabilisierung des jeweiligen Zielstaats und seiner demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen sowie die Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Umsetzung der eigenen politischen Ziele. Letzteres wurde im Berichtsjahr insbesondere bei russischen Versuchen dokumentiert, die eigenen Narrative in Zusammenhang mit dem Angriffskrieg in der Ukraine und der Auseinandersetzung mit der NATO beziehungsweise dem Westen zu

transportieren. Die Spionageabwehr hat 2022 umfassende Einflussnahmeversuche diverser Staaten auf unterschiedlichsten Feldern in Nordrhein-Westfalen festgestellt. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des andauernden Krieges in der Ukraine ist mit einer weiteren Zunahme entsprechender Aktivitäten zu rechnen.

Cyberangriffe haben sich bei ausländischen Nachrichtendiensten als Einsatzmittel weiter etabliert. Insbesondere autokratische Staaten verfügen inzwischen über hochqualifizierte Hackergruppierungen, die nachrichtendienstliche Operationen im Cyberraum durchführen. Zu den Operationszielen der staatlichen Angreifer gehören in Nordrhein-Westfalen sowohl wirtschaftliche und politische Spionage, Versuche der Einflussnahme aber auch mutmaßliche Vorbereitung von Sabotage. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat in Deutschland die

mögliche Gefährdung im Cyberraum erhöht. Zu den besonderen Gefahren gehören die mögliche Ausbreitung von Schadsoftware aus der Ukraine, Aktionen sogenannter Hacktivisten und gezielte Sabotageangriffe.

Angesichts der beschriebenen, zugespitzten Bedrohungslage durch Wirtschaftsspionage und Cyberattacken hat die Bedeutung des präventiven Wirtschaftsschutzes zugenommen. Dazu gehören Sicherheitsberatungen von Unternehmen der geheimschutzbetreuten Wirtschaft, Insbesondere Kritische Infrastrukturen (KRITIS) und KRITIS-nahe Unternehmen haben aktuell einen hohen Beratungsbedarf. Über die "Sicherheitspartnerschaft gegen Wirtschaftsspionage, Sabotage und Wirtschaftskriminalität NRW" wird die Vernetzung und der Austausch auf möglichst vielen Ebenen organisiert und weiter ausgebaut.

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme



Die Präventionsarbeit des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes gegen Extremismus hat sich im Jahr 2022 erfolgreich weiterentwickelt. In vielen Hinsichten erhielten Projekte und Maßnahmen der Prävention neue Impulse – andere konnten verstetigt werden. So wurden die breitgefächerten Kooperationen und Austauschformate mit Partnerorganisationen, insbesondere aus den Kommunen, von Land und Bund, fortgeführt und um neue Themen ergänzt. Gerade

Herausforderungen wie die Rückkehr von Personen aus Kriegsgebieten zeigen die große Bedeutung von Vernetzung und Abstimmung unter den betroffenen Behörden und weiteren Akteuren. Im Fokus der Präventionsmaßnahmen standen im Jahr 2022 unter anderem Programm-Evaluationen durch externe Forschungsteams, ein Projektjubiläum sowie die Teilnahme an mehreren Messen und Kongressen.

Fortentwicklung des Präventionsprogramms Wegweiser

Im November 2022 wurde der Evaluationsbericht zum Präventionsprogramm "Wegweiser – Gemeinsam gegen Islamismus" vorgelegt. Dieser bewertet das Programm als sehr erfolgreich und hat zehn Empfehlungen zu seiner Weiterentwicklung formuliert. Gemeinsam mit den 25 Wegweiser-Beratungsstellen vor Ort werden diese Empfehlungen nun bearbeitet und umgesetzt.

Das neue Themengebiet **Graue Wölfe** ist an den sechs Wegweiser-Pilotstandorten auf großes Interesse gestoßen. In ersten Veranstaltungen und Workshops haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Standorte Information und Beratung angeboten.

Kleines Jubiläum bei VIR

Im Mai 2022 fand in Bielefeld die zehnte Trainerinnen- und Trainer-Ausbildung im VIR-Proiekt statt. Seit 2014 wurden damit 170 Fachkräfte aus Nordrhein-Westfalen und zwölf weiteren. Bundesländern als VIR-Trainerinnen und -Trainer lizenziert. VIR ist ein Oualifizierungskonzept für Personen, die mit jungen Menschen in einer Annäherungsphase an den Rechtsextremismus im Kontakt sind, Insofern gehört VIR zur selektiven oder sekundären Rechtsextremismusprävention. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen setzt das Projekt gemeinsam mit Kooperationspartnern um.

Der VIR-Trägerkreis nahm das Jubiläum zum Anlass für einen Fachworkshop, der die selektive Rechtsextremismusprävention grundsätzlich, praxisnah und bundesweit in den Blick nahm. Der Workshop im Oktober 2022 in der Sportschule Hennef ging dem Thema aus den Perspektiven der Wissenschaft und der Fachpädagogik nach. Vertreterinnen und Vertreter vieler Projekte erläuterten ihre Konzepte.

Weitere Optimierung der Ausstiegsarbeit

Die Aussteigerprogramme haben im Jahr 2022 ihre Netzwerkarbeit im Rahmen von Fachtagungen und Sensibilisierungsveranstaltungen intensiviert. Diese Arbeit war in Pandemiezeiten nur eingeschränkt möglich und konnte nun nachgeholt werden. Eine gute Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz sowie anderen Netzwerkpartnern der Länder und des Bundes ist für die erfolgreiche Arbeit der Aussteigerprogramme unbedingt notwendig.

Das Aussteigerprogramm Spurwechsel konnte im nunmehr 21. Jahr des Bestehens die erfolgreiche Begleitung von Ausstiegswilligen aus dem Rechtsextremismus fortsetzen, ebenso

verzeichnet das Aussteigerprogramm Islamismus (API) eine weiterhin hohe Nachfrage nach seiner Expertise in der Deradikalisierung von islamistischen Extremisten. Auch das API durchlief 2022 eine wissenschaftliche Evaluation.

Deren Ergebnisse liegen im Jahr 2023 vor, sie werden in die Arbeit des API und der anderen Aussteigerprogramme einfließen.

Als jüngstes dieser Programme hat Left 2021 die deutschlandweit erste Bund-Länder-Arbeitstagung staatlicher Aussteigerprogramme ausgerichtet und damit seine Vorreiterrolle im Bereich der tertiären Linksextremismus-Prävention ausgebaut.

Aktuelle Fachtagungen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes brachten ihre Expertise auch 2022 in zahlreiche Informationsveranstaltungen ein. Mit 161 Veranstaltungen, schwerpunktmäßig zu den Themen Rechtsextremismus und Islamismus, wurden 5.744 Menschen erreicht.

Zwei besonders aktuelle Themen griffen die Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen und der NRW-Verfassungsschutz in gemeinsamen Fachtagungen in Düsseldorf auf: Die Tagung "Delegitimierte Demokratie? Strukturen und Mechanismen einer Radikalisierung der .Mitte'" am 2. November 2022 nahm Entgrenzungen zwischen Extremismus und gesellschaftlicher "Mitte" in den Blick. Die Tagung "Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland. Erkennen – Benennen – Handeln" am 21. September richtete den Fokus auf Entwicklungen bei den sogenannten Grauen Wölfen.

Kennzeichnung

Strukturen und Organisationen, deren Verfassungsfeindlichkeit bereits erwiesen ist, werden im Folgenden im Fettdruck gekennzeichnet. Soweit die Verfassungsfeindlichkeit zwar noch nicht erwiesen ist, aber hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte einen Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen begründen, werden die betroffenen Organisationen in Kursivdruck gesetzt.

Beispiel: Partei X, Partei Y

Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes





E-Mail: kontakt@api.nrw.de Telefon: 0211 837-1926

Website: www.api.nrw.de





E-Mail: kontakt@spurwechsel.nrw.de

Telefon: 0211 837-1906

Website: www.spurwechsel.nrw.de





E-Mail: kontakt@left.nrw.de

Telefon: 0211 837-1931

Website: www.left.nrw.de

Präventionsangebot Wegweiser und weitere Angebote





E-Mail: info@wegweiser.nrw.de

Telefon: 0211 871-2728

Website: www.wegweiser.nrw.de





E-Mail: info@thema-jugend.de

Telefon: 0251 540-27 Website: www.vir.nrw.de





E-Mail: aussteigergespraeche@im1.nrw.de

Website: www.im.nrw/prisma

Computerspiel "Leons Identität"

Leons Identität ist ein detektivisches Abenteuerspiel. Spielort ist das Zimmer eines vermissten Jugendlichen namens Leon. Der Spieler schlüpft in die Rolle von Jonas, der sich Sorgen um seinen Bruder Leon macht. Jonas versucht, Spuren und Hinweise zum mysteriösen Verschwinden zu finden. Dabei zeichnet er Leons langsames Abdriften in die rechtsextremistische Szene nach.

Download unter <u>leon.nrw.de</u> für alle gängigen Betriebssysteme (Windows, MacOS, Linux) oder über die Spieleplattform Steam. Das Spiel hat eine offizielle Altersfreigabe ab 12 Jahren.

Um den Einsatz in Schulen und Jugendarbeit zu ermöglichen, wurde zu Leons Identität pädagogisches Begleitmaterial entwickelt. Es ist neben der fachlichen Nutzung auch für die Verwendung im Bereich Medienkompetenz empfohlen. Das pädagogische Begleitmaterial steht auf der Website <u>leon.nrw.de</u> und im Broschüren-Service des Ministeriums für Schule und Bildung zum Download bereit.









Video- und Social-Media-Kampagne "Jihadi fool"

Die 75 Videos der Kampagne "Jihadi fool" sind auf der Plattform YouTube weiterhin online abrufbar.

Mit der Kampagne wendet sich der nordrheinwestfälische Verfassungsschutz an ein breites Publikum mit einem Schwerpunkt bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen und lädt zur Auseinandersetzung mit salafistischer Internetpropaganda und Extremismus ein.

Mit Humor und Satire soll Aufmerksamkeit erzielt und mit Hintergrundvideos sensibilisiert werden. Die Videos erklären, woran man Extremismus erkennt, was genau am extremistischen Salafismus beziehungsweise Islamismus problematisch und warum die Demokratie schützenswert ist.

Aktuell arbeitet der Verfassungsschutz daran, dass sich insbesondere die Hintergrundformate für die pädagogische Arbeit beispielsweise an Schulen optimal nutzen lassen.





Websites: www.youtube.com/c/jihadifool
www.facebook.com/Jihadifool
www.facebook.com/Jihadifool
www.facebook.com/Jihadifool
www.facebook.com/Jihadifool
www.jihadifool
www.jihadifool
www.jihadifool
www.jihadifool
www.jihadifool
www.jihadifool

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhewerherinnen und Wahlhewerhern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für die Landtags-. Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen. Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Ministeriums des Innern Nordrhein-Westfalen zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Der Inhalt dieser Broschüre wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen Friedrichstraße 62-80 40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 871-01 Telefax: 0211 871-3355 poststelle@im.nrw.de

www.im.nrw

